

Politik braucht Frauen – Frauen brauchen Politik

Von Katja Seiler

„Frauen wacht auf! Die Stimme der Vernunft lässt sich auf der ganzen Welt vernehmen!“ Diesen Aufruf formulierte Olympe de Gouges zur „Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin“ am 14. September 1791. „Wir, Mütter, Töchter, Schwestern, Vertreterinnen der Nation, verlangen, in die Nationalversammlung aufgenommen zu werden.“ In dem Aufruf wird gefordert, das Gesetz „muss dasselbe für alle sein: Alle Bürgerinnen und alle Bürger sind vor seinen Augen gleich, und sie müssen in gleicher Weise entsprechend ihren Fähigkeiten und ohne andere Unterscheidung als der ihres Könnens und ihrer Talente zu allen Würden, Stellen und öffentlichen Ämtern zugelassen sein.“

Damit wurde Olympe de Gouges eine wichtige Vorkämpferin für die politische und soziale Emanzipation der Frauen. Die Deklaration gilt heute als eines der Schlüsseldokumente in der Geschichte der Frauen, der Frauenbewegung und des feministischen Denkens.

Der Kampf der Frauen um Gleichstellung ist auch heute noch nicht beendet, die Forderung, jede Form der Diskriminierung von Frauen zu beseitigen, ist noch nicht umgesetzt. Frauen sind bis heute in politischen Ämtern der Bundesrepublik stark unterrepräsentiert. So waren im Jahr 1972 nur 5,4 Prozent der Bundestagsabgeordneten, durchschnittlich zehn Prozent der Landtagsabgeordneten und lediglich acht Prozent der KommunalpolitikerInnen Frauen. Während es in den achtziger und neunziger Jahren einen starken Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten auf rund 30 Prozent gab, trat danach eine Stagnation ein. Die Frage, wie mehr Frauen für die Parlamente gewonnen werden können, hat also nicht nur nicht an Bedeutung verloren, sondern wird auch wieder wichtiger.

Eine aktuelle Studie des Frauenbildungsnetzes Mecklenburg-Vorpommern zeigt, wieviele Frauen für politische Mandate in ihrem Bundesland gewonnen wurden. Im Unterschied zu den alten Bundesländern gibt sie, auch auf Thüringen bezogen, wichtige Hinweise zu hemmenden



Suffragetten-Demo vor 100 Jahren und Frauenkampftag heute Fotos: Library of Congress, LC-USZ62-50393 und Frauenkampftagsbündnis Thüringen

und fördernden Faktoren. Sie zeigt, dass Quotierungen, auch wenn sie ein wichtiges Instrument zur Etablierung von Frauen in den Kommunalen Parlamenten sind, bei weitem nicht ausreichen. Eine parteipolitische Anbindung bietet strukturelle Unterstützung und funktionierende Netzwerke innerhalb der Partei, was von den KommunalpolitikerInnen als positiv bewertet wird. Von besonderer Bedeutung sind Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben den bereits allgemein bekannten Forderungen nach einer verbindlichen Regelung der Kinderbetreuung zu Sitzungs- und Parteitagen ist vor allem die Berücksichtigung des besonderen Zeitfonds von Kommunalpolitikerinnen benannt worden. Das betrifft insbesondere familienfreundliche Sitzungstermine, eine gut strukturierte Sitzungsleitung, gute Erreichbarkeit und Infrastruktur der Versammlungs-

orte. Die Nutzung und Bereitstellung moderner Medien und Technik und ein gut funktionierender Personennahverkehr ermöglichen effizientes Arbeiten und sparen Zeit. Diese regionalen Rahmenbedingungen sind entscheidend für den Zugang und den Verbleib von Frauen in kommunalen Parlamenten.

Der Einstieg in die politische Arbeit ist, besonders für jüngere Frauen, die Arbeit an Themen, die sie persönlich interessieren oder betreffen. Dies lässt sich beispielsweise über die Mitarbeit in Parteien oder in zivilgesellschaftlichen Initiativen erreichen. Konkrete Ereignisse gaben für die Frauen den Anstoß für das persönliche Engagement, so die Studie. Viele wurden direkt von politisch aktiven Frauen angesprochen, andere traten von sich aus an Parteien heran. Die Mitarbeit im Ortsteilrat oder als sachkundige Bürgerin einer Fraktion stand oft am Beginn der politischen Aktivität. Den

neu gewonnenen Mandatsträgerinnen könnten erfahrene KommunalpolitikerInnen als MentorInnen an die Seite gestellt werden. Dabei wurde jedoch die mangelnde Zeit der erfahrenen KommunalpolitikerInnen als Hindernis benannt. Ebenso scheint dies die Ursache und ein deutlicher Einflussfaktor für die geringe Teilnahme an Bildungsveranstaltungen zu sein. Neben den kommunalen Mandaten wurden klare Perspektiven auf aussichtsreiche Listenplätze bei der Landtagswahl als Motiv benannt. „Damit kann“, fasst die Studie zusammen, „für die ‘nachwachsenden’ Politikerinnen von klassischen Parteikarrieren gesprochen werden“.

Aber wie nun Frauen für die politische Arbeit im Allgemeinen und für Kommunalpolitik im Speziellen begeistern? Wichtig ist, sie direkt anzuschreiben, niedrigschwellige Angebote und themenbezogene Projekte anzubieten, fachliche Kompetenzen, Informationen über Abläufe und rechtliche Hintergründe zu vermitteln sowie die Entwicklung von Handlungskompetenzen zu fördern. Auch kann der zeitliche Aufwand mit strukturellen und institutionellen Veränderungen, Digitalisierung oder Bereitstellung von Technik besser in die jeweiligen Lebensumstände integriert werden.

Dabei wird deutlich, dass die Stärkung des Ehrenamtes, aber vor allem auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die kommunalen Parlamente und besonders für die Beteiligung der Frauen dringend erforderlich ist. Denkbar wären zum Beispiel eine bezahlte Freistellung von der Arbeit für Sitzungen, die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs für die ehrenamtliche Tätigkeit oder die Bereitstellung von Tablets und Handys. Bei Bezug von Leistungen nach dem SGB II sollte die Aufwandsentschädigung erhöht und nicht, wie bisher, als Einkommen angerechnet werden. Wenn die Menschen es sich finanziell und zeitlich leisten können, ehrenamtlich aktiv zu sein, wird sich auch die Bereitschaft dazu erhöhen. Vor allem ist zu hoffen, dass dann mehr von denen aktiv sind, die es sich momentan leider nicht leisten können.

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Jung, engagiert, kritisch:
Interview mit Julia Langhammer, die u.a. im Stadtrat von Jena sitzt

Seite 3:

Lebendige Kommunalpolitik
Markus Gleichmann, KOPOFOR-Vorsitzender, zum neuen Profil des Vereins

Seite 4:

Für leistungsfähige Gemeinden
Frank Kuschel und Markus Gleichmann über notwendige Reformen

„Die Leute sollen was von meiner politischen Arbeit haben“

Das KOPOFOR stellt in jeder Ausgabe des Scheinwerfers junge Kommunalpolitiker*innen vor. In dieser Ausgabe sprechen wir mit Julia Langhammer. Sie ist 32, studierte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Politikwissenschaft, neuere Geschichte und Rechtswissenschaft und ist seit 2009 für DIE LINKE im Jenaer Stadtrat, dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende, im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, im Werksausschuss Jenarbeit sowie stellvertretende Ortsteilbürgermeisterin in Winzerla. Das Interview führte Arne Nowacki.

Wie bist du in die Kommunalpolitik gekommen?

Als ich 2009 das erste Mal für den Stadtrat kandidiert habe, wurde ich von Genoss*innen gefragt ob ich nicht Interesse daran hätte. Ich finde das auch ganz sinnvoll, dass man Leute anspricht und fragt, ob sie Interesse daran haben. Damals war ich auch noch im Vorstand des Studierendenrates der FSU Jena und hatte durch meine politische Arbeit als Studierendenpolitikerin Berührung mit der Kommunalpolitik. Ich wusste auch, dass ich im StuRa perspektivisch aufhöre und hab mich für ein neues Betätigungsfeld interessiert.

Und wer hat dich damals gefragt, ob du kandidieren möchtest?

Ich glaube, das war der Kreisvorstand beziehungsweise der damalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Jens Thomas. Es kann auch ein Prozess gewesen sein, der sich dadurch entwickelt hat, dass ich bei Veranstaltungen war, Leute gekannt habe und irgendwann hat sich das so ergeben. Ich wurde ja auch nicht als Einzige gefragt, sondern ganz viele Menschen. Anscheinend stand ich so auf der Liste, dass ich noch gewählt wurde.

Kannst du dich noch daran erinnern, wie es für dich war, das erste Mal im Stadtrat zu sitzen?

Die ersten beiden Male war es sehr aufregend. Danach nahm die Aufregungskurve ab. Wenn man viele Jahre dabei ist, merkt man, dass die Diskussionen letztendlich immer wieder auf den gleichen Punkt zurückkommen. Die drehen sich über Jahrzehnte wahrscheinlich im Kreis, beziehungsweise gibt es Pflöcke, auf die man immer wieder zurückkommt. Kernpunkte, die immer Themen sind – aber das weißt du am Anfang nicht und bist baff, was die Leute alles wissen und was die für eine Umsicht haben, alle möglichen Aspekte zu bedenken. Aber irgendwann merkst du halt, dass es immer die gleichen Sachen sind, deswegen wissen das auch alle schon. Außer natürlich die Neuen.

Das Beste Beispiel dafür ist der Bau einer Straße. Zuerst war ich wirklich beeindruckt, was für eine Ortskennt-



Julia Langhammer ist unter anderem Stadträtin in Jena Foto: Arne Nowacki

nis die alle haben, bis ich gelernt habe, dass es immer die gleichen Probleme gibt, dass Bäume und Parkplätze immer das Hauptthema sind. Und zwar jeder einzelne Baum und jeder einzelne Parkstand.

Wie war das für dich als „Neue“ mit so vielen erfahrenen Kolleg*innen?

Am Anfang war ich sehr unsicher, hab kaum was gesagt, weil ich mich immer gefragt habe, ob das, was ich zu sagen hätte, die Diskussion wirklich weiter bringt. Teilweise habe ich die Diskussionen auch nicht fruchtbringend gefunden, hatte das Gefühl, dass die Kolleg*innen am eigentlichen Kern des Problems vorbeidiskutieren, sich das Meiste nur wiederholt. Leider ist es mir meistens nicht gelungen, die Diskussion dann so zu prägen, dass das, was ich für den Kern des Problems gehalten habe, in den Vordergrund getreten ist.

Das ist wirklich ein Annäherungsprozess. Zuerst, wie gesagt, war ich einfach baff, was die Kolleg*innen alles wissen, gerade auch die aus meiner eigenen Fraktion. Nach und nach wurde mir klar, dass alle bloß mit Wasser kochen und dann hab ich auch ein kritisches Verhältnis dazu entwickelt, weil das, was seit 20 Jahren gemacht wird, ja nicht unbedingt das Richtige oder zukunftsweisend sein muss.

Was natürlich nicht heißt, dass ich die älteren, die erfahreneren Stadtratmitglieder nicht achte. Aber den Respekt, den ich ihnen entgegenbringe, würde ich mir auch für mich wünschen. Manchmal klingt ein „Jaja, das Mädchen. Wenn die erstmal in unserem Alter ist und die erstmal kann, was wir können, dann wird die schon auch noch lernen“ an, und das finde

ich nicht die richtige Haltung. Das ist nicht fair und das befördert auch keine gute Zusammenarbeit.

Besteht das Problem auch noch in deiner zweiten Legislatur?

Naja, wenn man das sagt, was alle sagen, wird man viel eher ernst genommen. Wenn ich also das sage, was von mir erwartet wird, dann ist meine Meinung total wichtig und ein ganz wichtiger Debattenbeitrag gewesen der uns ganz viel weiter gebracht hat. Aber wenn ich was sage, was sie nicht hören wollen, dann wird darüber hinweggegangen. Aber ich würde das trotzdem noch thematisch differenzieren und in meiner eigenen Fraktion habe ich nicht das Gefühl, dass über mich hinweggegangen wird. Das war zu Anfang vielleicht anders, aber da habe ich das vielleicht auch weniger eingefordert.

Harte Debatten gibt es auch in den Studierendenräten. Haben dir deine Erfahrungen aus deiner Zeit als Studierendenpolitikerin im Stadtrat geholfen oder war das ein harter Wechsel?

Im Studierendenrat war das Verhältnis freundschaftlicher und lockerer, auch wenn man sich nicht leiden konnte. Im Stadtrat ist es sehr formell und man geht sich gegenseitig schon hart an. Auch nicht unbedingt nur themenbezogen, sondern auch sehr persönlich. Im Studierendenrat wurde aber auch ganz anders gearbeitet, Themen konnten zwar bearbeitet und über Öffentlichkeitsarbeit vorangetrieben werden, aber du hast da halt nicht die Finanzvolumina und auch nicht dieses Machtverhältnis, gerade auch das zwischen Opposition und Regierung.

Das Potential, auf das Leben von Menschen Einfluss zu nehmen, ist ein

anderes. Wenn wir zum Beispiel über Wohnungsbaupolitik, über konkrete Mietsachen oder über Lärmschutz entscheiden, nehmen wir direkten Einfluss auf das Leben, als das im StuRa möglich ist. Von Vorteil war, dass ich schon an lange und inhaltsarme Sitzungen mit hohem Formalisierungsgrad gewöhnt war. Gewonnen hat, wer als letztes vom Stuhl fällt – das ist in der Stadtpolitik auch nicht anders.

Auf welche für dich besonderen Erfolge in deiner Stadtratszeit kannst du zurückblicken?

Das wäre einerseits die Abstimmung zur Eichplatzbebauung, die unsere Fraktion gemeinsam mit der Bürgerschaft verhindert hat. Das was CDU, SPD und Grüne gern bauen lassen wollten, wäre de facto ein großes Einkaufszentrum geworden und dagegen haben wir uns mit Erfolg gewehrt. Das ist aber ein gemeinsamer Erfolg, weil wir alle sehr gut zusammengearbeitet haben, sowohl innerhalb der Fraktion wie auch aus der Fraktion heraus mit der Bürgerschaft.

Auch gibt es immer wieder Erfolge, die wir zuerst gar nicht so wahrnehmen. Beispielsweise haben wir immer wieder den sozialen Wohnungsbau thematisiert, was die Regierung im Stadtrat mittlerweile in die Defensive gebracht hat. Sie sagen jetzt nicht mehr „wollen wir nicht“, sondern sehen sich gezwungen, sich zu rechtfertigen, weswegen es nun heißt: „können wir nicht wegen der bösen Landesregierung“. Zwar ist die nicht schuld, sondern die Mehrheit im Stadtrat, weil die keinen sozialen Wohnungsbau will, an dem sie nicht gut verdient. Aber wir konnten die Debatte immerhin ein wenig drehen. Auch wenn es leider nicht die Regel ist, ist es eine schöne Sache, wenn man was von den Schweinereien, die so passieren, demaskieren kann.

Für die Zukunft wäre es schön, wenn wir es schaffen, einen echten Einfluss auf das Mietniveau in Jena zu haben. Wir haben die Debatte schon rumgerissen und treiben die Koalition. Aber bis zum Durchbruch ist es noch ein weiter Weg. Vielleicht bleibt es auch ein Trippelschrittchenprozess. Aber ich möchte, dass die Leute was davon haben, dass ich im Stadtrat gewesen bin.

Kannst du anderen jungen Leuten, die Interesse an Kommunalpolitik haben, noch einen Tipp geben?

Es ist wichtig, dass man bei sich und seinen Themen bleibt, dass man nicht zu stark in diese Sachzwang-Logik rein gerät. Das ist nicht immer einfach, aber es ist wichtig, um authentisch zu bleiben. Ansonsten hat es sich auf jeden Fall für mich gelohnt, Kommunalpolitik zu machen. Allen, die das auch wollen, wünsche ich Mut, Freude, Frustrationstoleranz, wenn sich die Welt nicht von heute auf morgen ändert und vor allem: viel Sitzfleisch.

Lebendige Kommunalpolitik schaffen

Von Markus Gleichmann, Vorsitzender des KOPOFOR

Seit dem 1. Dezember 2016 bin ich als Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums tätig. Ich bedanke mich für das Vertrauen, das die Mitglieder mit ihrer Entscheidung in mich gesetzt haben.

Aus meiner Sicht haben wir aktuell sehr gute Bedingungen, um uns für die Zukunft gut aufzustellen und mit einer modernen Organisationsstruktur unsere satzungsgemäßen Ziele erreichen zu können. Die zwei Säulen des Vereinslebens – die inhaltliche und die organisatorische – gilt es für die anstehenden Herausforderungen zu stärken.

Laut unserer Satzung haben wir den Auftrag, wissenschaftliche Veranstaltungen durchzuführen. Hier würde ich differenzieren in a) allgemeinere Themen, die alle MandatsträgerInnen betreffen und b) spezialisierte Themen, die thematisch eingegrenzt sind. Für alle allgemeineren Veranstaltungen sollten wir regionale Angebote schaffen, um Fahrwege zu verringern und eine Teilnahmehürde abzubauen.

Bei diesen müssen wir konkreter darauf achten, die Exekutive der Landesregierung mehr einzubeziehen, um Antworten auf konkrete Fragen der Mitglieder noch näher an die Entscheidungsebene zu geben. Auch die Qualifikationen, Zusatzausbildungen und die Möglichkeit einer Berufsausbildung im Verwaltungsbereich sollten mehr in den Fokus rücken, um für die Zukunft vorbereitet zu sein.

Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Vernetzung der MandatsträgerInnen. Hierzu finden bereits verschiedene Veranstaltungen statt. Da ist zum einen die Konferenz linker Ostthüringer KommunalpolitikerInnen (LOK), die viermal im Jahr gemeinsam Themen berät. Auch eine Grundsatzstruktur der Vernetzung jüngerer Mandatsträger haben wir mit dem Projekt „Juko“ geschaffen. Erster Erfolg war die Organisation eines „Tages der jungen Kommunalpolitik“ im November 2016. Neben dieser groben Vernetzung sollte es auch unsere Aufgabe sein, den Erfahrungsaustausch und die Absprache zwischen den Fraktionsvorsitzenden und den fachlichen Mandatsträgern in allen Regionen zu fördern.

Aber wir sind laut Satzung nicht nur Dienstleistungsverein für unsere Mitglieder, sondern auch Interessenvertretung. Wir sollten daher als Experten der Kommunalpolitik unsere Anregungen und Kritiken stärker nach außen artikulieren. Gerade bei den tiefgreifenden Änderungen im kommunalpolitischem Gefüge Thüringens durch die bevorstehende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform wird es dringend notwendig, dass wir uns auch inhaltlich positionieren. Als KOPOFOR führen wir seit August die Veranstaltungsreihe „Faktencheck Gebietsreform“ durch, mit bisher rund 40 Veranstaltungen, viele davon in Ostthüringen, und sind dabei mit den BürgermeisterInnen, MandatsträgerInnen und inter-

essierten Bürgern in Kontakt getreten, haben diskutiert und Fragen mitgenommen. Hinsichtlich der Kreisgebietsreform sollte es unser Anspruch sein, uns im Gesetzgebungsverfahren als Experten zu äußern. Dazu wird es einen Erarbeitungsprozess geben, der neben regionalen Veranstaltungen auch die Abstimmung dieses Vorschlags in einer Mitgliederversammlung am 20. März dieses Jahres beinhalten wird. Alle Mitglieder sind herzlichst zur Mitarbeit aufgerufen.

Zweiter großer Schwerpunkt in diesem Jahr wird der organisatorische Bereich des Vereins sein. Um Veranstaltungen zielgerichtet zu bewerben, zu internen Kommunikation und zur Diskussion brauchen wir ein starkes Adressmanagement mit aktuellen Kontaktdaten und Verteilerlisten. Diese sollten nicht nur in Region und Mandatsart, sondern auch in Themengebiete unterteilt sein. Natürlich schließt das auch externe Fachleute und interessierte BürgerInnen ein.

Auch die Wahrnehmbarkeit des KOPOFOR müssen wir überdenken. Dazu gehört eine Analyse der aktuellen Stärken und Schwächen und daraus resultierend eine veränderte Öffentlichkeitsarbeit. Unser Anspruch, ein tatsächliches Forum zur Information, Diskussion und Vernetzung anzubieten, wird dieses Jahr stärker herausgebildet. Daraus resultiert, dass wir unsere traditionellen Medien, den Scheinwerfer und die Arbeitsmaterialien, neu ausrichten müssen und mit unserer Webseite und

sozialen Medien auch einen Schwerpunkt in einer modernen Kommunikationsinfrastruktur setzen sollten. Um eine stringente Linie der öffentlichen Wahrnehmung zu erreichen, sollten wir nicht davor zurückschrecken, eine grundsätzliche Neugestaltung im grafischen Bereich durchzuführen.

Ein letzter Schwerpunkt wird in der Mitgliederentwicklung liegen. Aktuell haben wir mit 170 Mitgliedern nur wenig von unserem Potential ausgeschöpft. Dieses liegt aus meiner Sicht bei den etwa 800 kommunalen MandatsträgerInnen der uns nahestehenden politischen Partei DIE LINKE und interessierten BürgerInnen.

Es sollte uns gelingen, deutlich mehr Mitglieder zu gewinnen, die Erfahrung von ausgeschiedenen MandatsträgerInnen zu nutzen und in einem Wissenspool zu archivieren und potentielle neue MandatsträgerInnen einzubinden. Dazu wird der KOPOFOR-Vorstand bis zum Ende des Jahres alle größeren Fraktionen Thüringens besuchen und entsprechende Gespräche führen.

Liebe Mitglieder, natürlich werden wir viele dieser Ziele nicht von heute auf morgen realisieren können. Nur gemeinsam mit Euch werden wir Schritt für Schritt vorankommen und einen Verein schaffen, der noch mehr für jedes einzelne Mitglied bietet. In diesem Prozess bitte ich euch, den Vorstand und mich zu unterstützen. Ich freue mich auf eure Kontaktaufnahme, Hinweise und Kritiken.

Günstige Mieten statt zahnlose Mietpreisbremse

Bezahlbar und lebenswert wohnen ist für viele Menschen heute nur ein Traum. Stattdessen sind sie mit steigenden Mietpreisen und Verdrängungseffekten konfrontiert, Barrierefreiheit und altersgerechtes Wohnen sind oft noch Fremdwörter. Sozialer Wohnungsbau findet meist in städtischen Randlagen statt und fördert so die soziale Segregation.

Um diesen Problemen auf den Grund zu gehen, hat das KOPOFOR am Samstag den 25. Februar die Informations- und Diskussionsveranstaltung „Wohnen für Alle“ ausgerichtet. Neben verschiedenen interessanten wie informativen Vorträgen war es vor allem die Podiumsdiskussion am Ende der Veranstaltung, die für eine Verlängerung von einer Stunde sorgte.

Den Auftakt der Veranstaltung machte Ina Leukefeld, MdL, mit einem Rundumschlag zu der aktuellen Situation im Wohnungsmarkt und der Wohnbauförderung. So zeigte sie nicht nur auf, dass es einen Teufelskreis aus Arbeits- und Wohnungslosigkeit gibt – wer keine Arbeit hat, findet auch nur schwer eine Wohnung und umgekehrt – sondern auch, wie wichtig Quartiersmanager für die so-



Sandro Witt, Ute Lukasch (MdL), Wilhelm Wagner (Geschäftsführer SWG Eisenach), Klaus Sühl und Georg Seidler (Mieterbund) diskutierten über die Bedingungen des kommunalen Wohnungsbaus
Foto: Arne Nowacki

ziale Integration in Stadtvierteln sind. Für Projekte in diesem Bereich gibt es zwar Förderprogramme vom Bund, allerdings müssen die Städte und Kommunen hier meist einen Eigenanteil bezahlen, was in Zeiten knapper Kassen und der Haushaltskonsolidierung oft ein Problem darstellt. In Thüringen sichert deswegen das Land diesen Eigenanteil zu.

Die Regelungen im SGB II („Hartz IV“) sind nicht nur für Menschen ohne Arbeit, sondern auch für die

Kommunen ein großes Problem, wie Sandra Schöneich, Sozialdezernentin der Stadt Gera, deutlich machte. Da die Kommunen für die Kosten der Unterkunft (KdU) aufkommen müssen, wirken sich bereits niedrige Steigerungen des Quadratmeterpreises massiv auf die kommunalen Haushalte aus. Für eine Entspannung kann die Mietpreisbremse hier nicht sorgen, da sie bestenfalls nur etwas bremst, eigentlich aber ein zahnloses Instrument ist, wie der Staatssekretär des Thürin-

ger Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft, Klaus Sühl, mit Nachdruck verdeutlichte. Allerdings müssen die Städte, in denen die Bremse gilt, zeigen, wie sie innerhalb einiger Jahre die Anspannung aus dem Wohnungsmarkt nehmen wollen. So wenig Einfluss sie also auf die Mietpreise hat, zumindest kann so für mehr Wohnraum gesorgt werden. Allerdings müssen die Städte und insbesondere die städtischen Wohnungsgesellschaften aufhören, nur auf Renditen zu schielen und mehr in sozialen Wohnungsbau investieren.

Nachdem der Erfurter Rechtsanwalt Stefan Viernickel die Regelungen zum Wohnen aus dem SGB II vorstellte und deutlich wurde, wie massiv die Eingriffe in das Leben der betroffenen Menschen sind, brachte Sandro Witt vom DGB in der abschließenden Podiumsdiskussion das Ganze auf einen Nenner: Der ganze Hartz-IV-Apparat muss weg. So könnte, neben einem würdigeren Leben der Menschen, durch eine bessere Haushaltslage der Kommunen auch wieder mehr für bezahlbaren Wohnraum, mehr für Wohnen für Alle getan werden.

Text: Arne Nowacki

Der Finanzausgleich ist für die Kommunen überlebenswichtig

Frank Kuschel (MdL) und Markus Gleichmann, Vorsitzender des KOPOFOR, zur Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform und zum kommunalen Finanzausgleich. Das Interview führte Arne Nowacki

Der kommunale Finanzausgleich (KFA) ist ja, einfach gesagt, eine Umverteilungsmaßnahme von etwas wohlhabenderen Gemeinden und Kreisen für ärmere ...

Kuschel: Nicht wirklich. Der Finanzausgleich hat zwei Funktionen. Zum einen sorgt der vertikale Finanzausgleich als Ergänzung zu den eigenen Einnahmen der Gemeinden für eine angemessene, in Thüringen bedarfsorientierte Finanzausstattung. Zum zweiten sichert der horizontale Ausgleich gleichwertige Lebensverhältnisse, nivelliert also die unterschiedliche Leistungskraft. Die erste Funktion ist Verfassungsauftrag, die zweite ist der Ausgleich zwischen arm und reich.

Wenn diese Aufgaben sich durch die Verfassung ergeben, warum gibt es dann kein "einfacheres" Gesetz zu ihrer Erfüllung, um nicht alle paar Jahre neu verhandeln zu müssen?

Kuschel: Einerseits ändert sich der Aufgabenkatalog ständig, andererseits gibt es sowohl bei den kommunalen Steuereinnahmen wie auch den Ausgaben eine hohe Dynamik. Deswegen kann das nur über einen gewissen Zeitraum sicher prognostiziert werden und so hat sich in Thüringen der Zweijahreszeitraum etabliert.

Anders als in den restlichen Ländern müssen wir auch bedarfsorientiert zuweisen und können nicht nur politisch entscheiden, wie viel Geld die Kommunen erhalten. Bei den übertragenen Aufgaben zum Beispiel haben die Kommunen über den Mehrbelastungsausgleich einen vollen Erstattungsanspruch. Wenn nun neue Aufgaben hinzukommen, wird der Mehrbelastungsausgleich überprüft und so gibt es auch hier Diskussionen, ob zum Beispiel gestiegene Fallzahlen bei der Unterbringung Geflüchteter als neue Aufgabe gelten und deswegen auch rückwirkend beachtet werden müssen. Auch haben wir den Sozialhilfelastenausgleich geändert, um die durch Sozialausgaben stärker belasteten Kreise und Städte zu entlasten. Natürlich sind die Anderen, die nun weniger Ausgleichszahlungen bekommen, damit nicht einverstanden.

Durch die verschiedenen Veränderungen im Rahmen der Gebietsreform wird auch die Frage, wer wie viel Geld zahlt oder bekommt, neu aufgeworfen. Was sollten eurer Meinung nach zum Beispiel Bürgermeister in der Debatte berücksichtigen?

Kuschel: Es ist ja ein zweistufiges Verfahren. Zunächst wird die ange-



Markus Gleichmann, Vorsitzender des KOPOFOR und Frank Kuschel, MdL, beschäftigen sich schon lange mit der Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform.
Bild: Arne Nowacki

messene Finanzausstattung ermittelt, wobei das Land laut Verfassungsgericht erwarten kann, dass die Kommunen ihre Einnahmen ausschöpfen. Ansonsten muss das Land das nicht ausgleichen. Auch kann das Land Ausgabenoptimierungsvorgaben ma-

teilungsmechanismen, beispielsweise bei der Einwohnerveredelung, greifen.

Gleichmann: Ziel der Reform ist ja, dass leistungsfähige Gemeinden entstehen und auch der Zuschussbedarf durch das Land nicht mehr so groß ist. Beantragt sind derzeit 150 Millionen Euro, letztes Jahr hat ein Zuschuss von 64 Millionen ausgereicht und in Zukunft werden die Gemeinden noch unabhängiger vom vertikalen Ausgleich sein. Natürlich haben die Kreise auch nach der Reform noch unterschiedliche Voraussetzungen, auch unabhängig vom KFA. Ohne Ausgleich, zum Beispiel für die Kulturlasten, wird es also nicht gehen, aber durch die größeren und leistungsfähigeren Gemeinden wird sich das schon verbessern.

Spielt der KFA in den Diskussionen vor Ort, zum Beispiel bei den Faktencheck-Veranstaltungen, eine Rolle?

Gleichmann: Kaum, und wenn, dann wird nur darauf abgezielt, dass die Reform nicht sein müsste, wenn die Verteilmasse im KFA erhöht würde. Da sind natürlich vor allem die vorn dabei, die zum Beispiel beim Soziallastenausgleich jetzt weniger als in den vergangenen Jahren bekommen. Insgesamt ist der KFA aber nicht der

Hauptpunkt bei den Veranstaltungen, sondern wird höchstens am Rand diskutiert.

Du hast ja gerade den Kulturlastenausgleich angesprochen. Welche Aspekte sollten eurer Sicht nach unbedingt bei der Neugestaltung des KFA mit aufgenommen werden?

Kuschel: Die Bedeutung des KFA in Thüringen resultiert ja aus der Finanzschwäche der Kommunen. Von den Flächenländern hat Thüringen mit nur 24 Prozent die geringste kommunale Steuerkraft. Dadurch liegt der Finanzausgleich bei fast 60 Prozent der kommunalen Einnahmen, wodurch eine hohe Abhängigkeit vom Land besteht.

Der KFA ist in Thüringen für die Kommunen überlebenswichtig. Deswegen müssen wir schauen, dass wir bei der Bedarfsermittlung nah an den tatsächlichen Bedarfen dran sind. Beispielsweise machen wir Proberechnungen mit einem an Tarifabschlüsse gebundenen Aufwuchs. Auch berücksichtigen wir in der Einwohnerveredelung stärker Kinder unter sechseinhalb Jahren, weil die Betreuung nun einmal kostenintensiv ist, und denken über einen Flächenmaßstab nach, um in dünnbesiedelten Gegenden zum Beispiel den ÖPNV so zu berücksichtigen, wie es bereits bei der SchülerInnenbeförderung gemacht wird.

Gleichmann: Die Kommunen sind auch in einer Sandwichsituation zwischen den Schlüsselzuweisungen und den Kreisumlagen, weswegen die Haushaltsaufstellung immer schwieriger wird. Genau da soll ja auch die Kreis- und Gemeindestruktur durch die Reform geändert werden, um Effektivierungen zu erzielen.

Mehr Geld im KFA ohne Gebietsreform wird deswegen nichts bringen, denn die fehlenden Steuereinnahmen der Gemeinden kann das Land nicht auf Dauer ausgleichen.

Sie wollen weitere Informationen zu den Vereinsaktivitäten des KOPOFOR oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: www.kopofor-thuer.de

Das KOPOFOR Thüringen erhält als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).

Ausblick

20. März, Thüringer Landtag, Raum 201, 18.30 Uhr: **Mitgliederversammlung** um eine Position zur Gebietsreform zu erarbeiten. Eingeladen ist auch Innenminister Holger Poppenhäger.

30. März, Sonneberg, 18 Uhr: Faktencheck-Gebietsreform.

1. April, Eisenach: Kommunaler Brückenschlag.

Für weitere Informationen und genauere Termin- und Ortsinformationen schaut auf unserer Homepage oder Facebookseite vorbei!

chen. Beispielsweise Ausfälle bei der Gewerbe- und Grundsteuer abzustellen ist ein Ziel der Reform.

Weiterhin sollen Doppelstrukturen abgebaut und damit Kosten gespart werden und durch die Reform der Gemeindestrukturen können andere Ver-